



# INFOBRIEF

Dr. Astrid Mannes

• Für Sie im Bundestag •

**Liebe Leserinnen und Leser,**

am 23. Mai 2024 wurde unser Grundgesetz 75 Jahre alt. Es ist die Grundlage unseres Zusammenlebens in einem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Ursprünglich nur als Provisorium gedacht, wurde dieses Grundgesetz nach der friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung DDR die Verfassung Deutschlands. Dieses Jubiläum haben wir mit einem feierlichen Staatsakt sowie mit einem großen Demokratiefest in Berlin gefeiert.

Freiheitliche Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit autokratischen oder halbautokratischen Regierungsformen. Selbst in einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und anderen gefestigten Demokratien der freien Welt werden rechtsstaatliche Elemente wie die Unabhängigkeit der Justiz in Frage gestellt. Gerade der Blick in die jüngere deutsche Geschichte mahnt, dass auch eine bestehende parlamentarische Demokratie nicht vor ihrer Aushöhlung und Beseitigung gefeit ist.

Erfreulicherweise zeigt sich im heutigen Deutschland ein überwiegend positives Bild: Unsere demokratische Verfassung erweist sich bislang als robust in Hinblick auf funktionsfähige Institutionen im System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung, einen effektiven Grundrechtsschutz, ein pluralistisches Parteiensystem und unabhängige Medien. Millionen von Menschen, die öffentlich für unsere freiheitliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit demonstriert haben, zeugen von der Vitalität unserer Verfassungsordnung.

Trotz der institutionellen und politischen Stabilität der Bundesrepublik seit ihrer Gründung steht dennoch unsere freiheitliche demokratische Grundordnung unter Druck. Agitationen von rechtsextremistischer, aber auch von linksextremistischer und religiös-fundamentalistischer Seite zielen darauf ab, demokratische Beteiligungs- und Kommunikationsprozesse zu schwächen, indem sie die gewachsenen und im Grundgesetz verankerten Institutionen des Verfassungsstaates verächtlich machen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag „75 Jahre Grundgesetz - Unsere parlamentarische Demokratie bewahren und sicher für die Zukunft aufstellen“ eingebracht und eine Plenardebatte zum Thema „75 Jahre Grundgesetz“ initiiert. Denn es ist Aufgabe des Parlaments, Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenzutreten und ihnen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen. Unser Grundgesetz ist Erbe und Auftrag für uns!

Ich wünsche Ihnen/Euch viel Spaß beim Lesen meines Informationsbriefes, der künftig mehrmals im Jahr erscheinen und die politischen Themen, die in Berlin auf der Tagesordnung standen, für Sie/Euch aufbereiten wird.

Herzlichst  
Ihre/Eure

*Astrid P. Mannes*



Zur Erinnerung an den Besuch in Berlin



Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

## Gruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin

Anfang Mai durfte ich bei frühlingshaftem Sonnenschein wieder eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin willkommen heißen.

Eingebunden in ein umfangreiches Programm des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung habe ich den Parteimitgliedern und Parteifreunden meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete vorgestellt.

In den unterschiedlichsten Ausstellungen konnten sich die Teilnehmer über verschiedene Epochen deutscher Geschichte informieren: vom deutschen Widerstand in seinen verschiedensten Formen über das Leben in der DDR bis hin zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung. Bei ihrem Besuch im Auswärtigem Amt konnten meine Besucher einen lebendigen Austausch mit einem Diplomaten über seine Arbeit und Erfahrungen führen.

Besonders gefreut habe ich mich, dass ich zwischen meinen Terminen im Bundestag zur Gruppe dazustoßen konnte. Mit den Teilnehmern durfte ich viele gute Gespräche führen und Fragen zum aktuellen politischen Geschehen beantworten. Zudem sind wir gemeinsam auf die Reichstagskuppel gestiegen und konnten den herrlichen Ausblick über Berlin genießen.

## Der 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands

Vom 6. bis 8. Mai fand in Berlin der 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands statt. 1001 Delegierte diskutierten und verabschiedeten ihr neues Grundsatzprogramm. Das Parteitagmotto „Zukunft gemeinsam gewinnen“ soll die Richtschnur für die politische Arbeit der CDU in den kommenden Jahren sein: In Freiheit leben - Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Neben den inhaltlichen Debatten standen auch die Neuwahlen von Präsidium und Bundesvorstand auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit den Delegierten aus Darmstadt-Dieburg Nils Zeißler, Max Schimmel MdL und Minister Manfred Pentz sowie auch dem Europaabgeordneten Michael Gahler freute ich mich über die Ergebnisse. Der letzte Tag des Bundesparteitages stand ganz im Zeichen von Europa.



## Krankenhausreform

Im Mai habe ich die Bundesregierung schriftlich zur Krankenhausreform befragt. Ich wollte wissen, ob und wann eine konkrete Auswirkungsanalyse zur Krankenhausreform vorgelegt werde und ob sichergestellt sei, dass auch im ländlichen Raum medizinische Notfälle in angemessener Zeitspanne in ein für ihren Notfall passendes Krankenhaus eingeliefert werden könnten. Weiter wollte ich wissen, ob ein Ausbau der Luftrettung angedacht sei, damit auch künftig Patienten aus Wohnorten, von denen aus ein Krankenhaus nicht mehr innerhalb von 30 Minuten angefahren werden könne, in lebensbedrohlichen Notfällen innerhalb einer halben Stunde in einem Krankenhaus versorgt werden könnten und ob die Luftrettung auch in den Nachtzeiten ausreichend Kapazitäten und Voraussetzungen für solche Transporte habe.

Die Bundesregierung antwortete, dass im Verlauf der Beratungen mit den Ländern und den Koalitionsfraktionen zum Eckpunktepapier für die Krankenhausreform Simulationen zur Beschreibung der Auswirkungen der Reformpläne auf die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen (Folgenabschätzung) durchgeführt und gemeinsam mit den Beteiligten erörtert worden seien. Weitere Simulationen befänden sich in Planung.

Für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten stationären Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern



Foto: A. Kalayci / DRK Darmstadt-Mitte

und auch für die Sicherstellung der Rettungsdienste seien die Länder zuständig.

Ich empfinde diese Antworten als erschreckend ignorant. Die Bundesregierung plant also eine Krankenhausreform, deren Folgen noch nicht abschließend simuliert sind und deren Auswirkungen sie auch nicht weiter interessiert, weil für die Versorgung der Patienten in Krankenhäusern die Länder zuständig sind. Was soll man zu solcher Einstellung noch sagen?

## Stiftung Lesen: Parlamentarischer Abend am 25.04.2024

Alarmierende Ergebnisse der Bildungs- und Schulleistungsstudien (IQB-Bildungstrend, IGLU, PISA): Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland kann nicht oder nur schlecht lesen!

Kinder und Jugendliche mit geringen Lesekompetenzen haben massive Probleme, die Schule erfolgreich abzuschließen, im Berufsleben Fuß zu fassen und unsere Gesellschaft als politisch mündige Bürger mitzugestalten. In Zeiten, in denen die wirtschaftliche Lage von negativen Konjunkturerwartungen geprägt ist, populistische Parteien mit vermeintlich einfachen Antworten auf die komplexen Probleme unserer Zeit immer mehr Zulauf erhalten und die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, ist Leseförderung wichtiger denn je. Lesekompetenz stärkt unsere Kinder und Jugendlichen und macht Deutschland zukunftsfähig.

Wie kann dem jahrzehntelangen Trend sinkender Lesekompetenz in Deutschland entgegengewirkt werden? Welche Fördermaßnahmen haben sich bereits bewährt und welche fehlen noch? Über diese und andere Fragen konnte ich mich vergangene Woche beim Parlamentarischen Abend der Stiftung Lesen zum Thema "Nationaler Leseplan: Ein Modell für systematische Sprach-, Lese- und Literalitätsförderung" austauschen. Die Entwicklung eines „Nationalen Leseplans“ wird vom Nationalen Lesepakts initiiert. Rund 180 Partner sind Teil des Nationalen Lesepakts, dem Bündnis aller schon aktiven und potenziellen Leseförderer aus Politik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Unternehmen, Medienhäusern, Verlagen, Bibliotheken, dem Buchhandel, Kirchen, Sozialpartnern, Stiftungen, Interessensvertretungen von pädagogischen Fachkräften sowie Eltern, Ehrenamtlichen und anderen.



Foto: Stiftung Lesen/EVENTPRESS

Mit der Stiftung Lesen stehe ich seit langem in regelmäßigem Austausch, da mir die Leseförderung in Deutschland sehr am Herzen liegt und ich mich auch ehrenamtlich im Bereich der Leseförderung von Grundschulkindern engagiere. Deshalb unterstütze ich die Entwicklung eines „Nationalen Leseplans“ und bin überzeugt, dass wir mit einem systematischen Ansatz und gemeinsamer Verantwortung die Zahl der Menschen in unserem Land, die nicht richtig lesen und schreiben können, deutlich reduzieren können.



Mit auf dem Foto: der Europaabgeordnete Michael Gahler, der CDU-Landtagsabgeordnete Max Schimmel und der Vorsitzende der CDU Seeheim-Jugenheim Max Panhans.

## Am 9. Juni war Europawahl!

Mit einem Brunch bei herrlichem Wetter läutete die CDU Seeheim-Jugenheim am Sonntag, den 26. Mai 2024 im Christian-Stock-Stadion die heiße Phase des Europawahlkampfes ein. Unser Europaabgeordneter Michael Gahler informierte die zahlreichen Gäste über die aktuellen Entwicklungen in Europa. Ich freue mich sehr, dass die Unionsparteien diese Wahl in Deutschland mit großem Abstand gewonnen haben und gratuliere unseren beiden hessischen Europaabgeordneten zur Wiederwahl! Ich freue mich auf eine weitere enge und gute Zusammenarbeit mit Michael Gahler.

Der Rechtsruck, den wir bei der Europawahl trotz der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union erleben mussten, stimmt allerdings nachdenklich. Auch in unseren östlichen Bundesländern hat die AfD großen Zuspruch erfahren. Die rechtspopulistischen Parteien haben europaweit zugelegt. Die Fraktion der europäischen Christdemokraten, die EVP, hat erfreulicherweise dazugewonnen, während Sozialdemokraten und Grüne verloren haben.

## UNTERWEGS IM WAHLKREIS



Bei der Auftaktübung der Jugendfeuerwehren am Darmstadtium



Beim Sommerbrunch der CDU Seeheim-Jugenheim



Beim Waldgottesdienst auf dem Heimkehrerplatz in Messel



Mit dem hessischen Landwirtschaftsminister Ingmar Jung auf dem Spargel- und Erdbeerbhof Appel



Zur Eröffnung der Erdbeersaison auf dem Spargel- und Erdbeerbhof Appel

## Aktuelle Stunde: „Kernkraft-Aus – Vorgänge um Bundesminister Dr. Habeck und Bundesministerin Lemke transparent aufklären“

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten zu einer Energiekrise im Jahr 2022. Bundesminister Habeck bekräftigte, einen möglichen Weiterbetrieb der Kernenergie in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in dem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung verweigerte Minister Habeck lange Zeit die Herausgabe von Unterlagen. Journalisten haben die Herausgabe schließlich vor Gericht erzwungen und deuten die Unterlagen so, dass beide Ministerien nicht aus fachlichen Erwägungen, sondern aus rein ideologischen Gründen zur Ablehnung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gekommen sind.

Die uns vorliegenden Informationen nähren den Verdacht, dass die Bundesregierung in einer Frage der nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden hat. Die bisher veröffentlichten Dokumente zeichnen ein anderes Bild als bisher behauptet.



Foto: picture alliance / blickwinkel/H. Blosser

Das wirft die Frage auf, ob die Grünen Parteideologie über die Interessen des Landes stellen.

Leider bleiben auch nach der Aktuellen Stunde im Bundestag viele Fragen zu den Vorgängen um den Atomausstieg unbeantwortet. Wenn die Regierung keine vollständige Transparenz schafft, liefert sie selbst den Anlass für eine umfassende parlamentarische Aufklärung.

## Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland

Die weltweite Sicherheitslage ist aufgrund der vielfältigen Krisen derzeit so schlecht wie schon lange nicht mehr. Dies hat auch Auswirkungen auf Deutschland. Zuletzt hat der Terroranschlag in Moskau mit mindestens 144 Toten, zu dem sich die Terrorgruppe Islamischer Staat Provinz Khorasan bekannt hat, noch einmal deutlich gemacht, wie wachsam Deutschland und Europa auch angesichts der diesjährigen Großereignisse wie der Fußball-Europameisterschaft sein müssen.

Vor dem Hintergrund der Defizite in der Terrorismusbekämpfung stellt auch die mangelnde Effektivität des deutschen Systems zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ein Einfallstor für die Finanzierung terroristischer Vereinigungen im In- und Ausland dar. Um diese Missstände zu beseitigen und einen Paradigmenwechsel in der Bekämpfung der Finanzkriminalität herbeizuführen, sind umfassende Maßnahmen insbesondere zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung erforderlich. Trotz der schlechten Bewertung Deutschlands bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch den internationalen Standardsetzer, die Financial Action Task Force (FATF), und deren Vorschläge zur Verbesserung der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung ist die Ampelkoalition diese Maßnahmen bisher schuldig geblieben.

Ein Kurswechsel in der Sicherheitspolitik ist dringend erforderlich!



Foto: picture alliance / Sebastian Stenzel/wiesbaden112.de/dpa | Sebastian Stenzel

Deshalb haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch, dem 24. April 2024, den Antrag „Taten statt Worte - Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland“ eingebracht und die Bundesregierung darin aufgefordert, sowohl einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung des Terrorismus als auch einen Gesetzentwurf zur Verhinderung des Missbrauchs des deutschen Finanzsystems und der deutschen Wirtschaft zur Finanzierung von Terrorismus und Extremismus vorzulegen.

## Für eine starke Batterieforschung in Deutschland

Die Batterietechnologie spielt als Schlüsseltechnologie eine herausragende Rolle für den gesamten Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Batterien sind in unserem Alltag allgegenwärtig. Sie halten unter anderem Herzschrittmacher, Smartphones und Autos am Laufen und machen elektrisches Fliegen möglich. Werkzeuge und Gartengeräte („Power Tools“), industrielle Logistik, Medizintechnik, Robotik, Kommunikationstechnik und Unterhaltungselektronik sind ohne Batterien undenkbar. Auch bei der Zwischenspeicherung von elektrischer Energie im Stromnetz können Batterietechnologien eine wichtige Rolle spielen, die Netze sicherer machen und den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. In einigen dieser Branchen sind teilweise oder überwiegend kleine und mittlere Unternehmen tätig. Batterietechnologien betreffen auch den in Deutschland traditionell starken und international sichtbaren Maschinen- und Anlagenbau. Hier sind häufig kleine und mittlere Unternehmen tätig.

Deutschland hat in den letzten 16 Jahren durch eine beispiellose Aufholjagd im Bereich Forschung und Innovation viel dafür getan, nicht nur reiner Konsumentenmarkt, sondern zunehmend auch Entwicklungs- und Produktionsstandort für Batterietechnologien zu werden. Zahlreiche Unternehmen haben sich in den letzten Jahren u.a. aufgrund dieser hohen Kompetenz im Bereich der Batterieforschung in Deutschland angesiedelt.

Diese Erfolgsgeschichte wird durch das derzeitige kurzsichtige Handeln der Bundesregierung massiv konterkariert. Die Regierungskoalition hat die Förderung der Batterieforschung zum Januar 2024 massiv gekürzt. Die Kürzungen, die Verpflichtungsermächtigungen von mehr als 100 Millionen Euro umfassen, würden Deutschland im internationalen Wettbewerb im Bereich der Batterieforschung empfindlich schwächen.



Foto: picture alliance / blickwinkel | H. Blossey

Ohne Perspektiven wandern Unternehmen und Fachkräfte ab. Große Forschungsinfrastrukturen wie die 500 Millionen Euro teure Batteriezellfabrik leben von einem gesunden Batterie-Ökosystem. Dieses Ökosystem ist nun aber durch die Kürzungsentscheidung in eine Schiefelage geraten. Zudem verstärkt die Regierungskoalition die Abhängigkeiten Deutschlands von asiatischen Herstellern und schwächt damit die Bemühungen um mehr technologische Souveränität.

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für eine starke Batterieforschung in Deutschland ein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im laufenden Haushaltsjahr keine weiteren Kürzungen im Bereich der Batterietechnologie vorzunehmen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung mit Blick auf den kommenden Haushalt 2025 die investiven Ausgaben für die Batterietechnologie so ausbauen, dass Deutschland eine möglichst hohe Autonomie bei der Produktion und Entwicklung von Batterietechnologien erreichen kann.

## Anträge zur Sanktionierung des Irans und zur Unterstützung der Revolutionsbewegung

Erstmals hat der Iran Israel direkt von seinem Territorium aus mit Drohnen und Raketen angegriffen. Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer zunehmenden Eskalation, die vom Iran ausgeht. Gemeinsam mit seinen bewaffneten Unterstützern im Libanon, im Jemen, in Syrien und in den palästinensischen Gebieten schürt der Iran Konflikte und Hass im gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Viel zu lange wurde gegenüber dem Iran Nachsicht geübt, auch in der Hoffnung, vielleicht doch noch zu einem Atomabkommen zu kommen. Spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik korrigieren und mit einem umfassenden Sanktionspaket entschlossen handeln. Dem iranischen Regime muss es so schwer wie möglich gemacht werden, das eigene Volk zu unterdrücken, Israel weiter anzugreifen und seine Handlanger zu unterstützen. Dazu müssen die Revolutionsgarden als Drahtzieher des Terrors endlich EU-weit als terroristische Vereinigung gelistet werden. Darüber hinaus darf Deutschland nicht länger einer der wichtigsten Handelspartner des Iran sein und den Terror mitfinanzieren. Durch die Lieferung von Dual-Use-Gütern darf der Iran technologisch nicht weiter gestärkt werden. Der Iran darf niemals in den Besitz von Atomwaffen gelangen.



Foto: picture alliance / NurPhoto | Morteza Nikoubazi

Am 25. April 2024 wurden zwei unserer Anträge zu wirksamen Sanktionen gegen den Iran und zur Unterstützung des Freiheitskampfes der iranischen Bevölkerung beraten. Wir forderten die Bundesregierung auf, ihre Iranpolitik den neuen Realitäten im Land anzupassen und ein umfassendes Sanktionspaket gegen den Iran zu schnüren. Ein weiteres Thema war die Forderung nach einer EU-weiten Listung der sogenannten Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung.

## Plenardebatte über Steuerbelastung der „arbeitenden Mitte“

Die bis vor kurzem noch sehr hohe Inflationsrate und die gestiegenen Energiepreise stellen für viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor eine große finanzielle Belastung dar. Sie spüren täglich, dass die Preise weiter steigen.

Nachdem das Bürgergeld zum 1. Januar 2024 um rund zwölf Prozent erhöht wurde, ist es wichtig, nun auch ein deutliches Signal für Leistung zu setzen. Arbeit muss sich lohnen, Beschäftigung attraktiver sein als der Bezug von Sozialleistungen.

Insofern überrascht es, dass das Bundesfinanzministerium den Grundfreibetrag nur um acht Prozent und den Kinderfreibetrag um knapp zehn Prozent anheben will, obwohl nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das sozialhilferechtliche Existenzminimum die Untergrenze für das einkommensteuerliche Existenzminimum bildet und nicht unterschritten werden darf. Für diese zwingende Anhebung hat der Bundesfinanzminister auch keine Vorsorge im Haushalt getroffen. Bereits im Mai 2023 war klar, dass die Lebensmittelpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 14,9 Prozent gestiegen sind. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch nicht einmal die Eckwerte für den Haushalt 2024. Hier hätte der Bundesfinanzminister Vorsorge treffen müssen, denn der Anpassungsbedarf war schon damals absehbar.



Foto: picture alliance / CHROMORANGE | Michael Bihlmayer

Der Bundestag hat am Donnerstag, 16. Mai 2024, über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Arbeitende Mitte stärken – Steuerbelastung senken“ beraten. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum um zwölf Prozent anzuheben, das Kindergeld für 2024 entsprechend zu erhöhen und die bis 2022 geltende Staffelung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wieder einzuführen.

## Unser Antrag: „Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“

Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen mehr als 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit rund 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger stellen eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Dennoch ist der Aufruf zur Errichtung eines islamistischen Terrorstaates bei uns - anders als etwa in Österreich - bislang nicht strafbar.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Doch die Bundesregierung hat bisher bisher keine wirksamen Maßnahmen gegen die Umtriebe auf deutschen Straßen ergriffen.

Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und setzen auf Taten statt Worte: Künftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern.

Auf Initiative der Union hat der Bundestag am Freitag, dem 17. Mai, erstmals über den Antrag "Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen" beraten. Mit unserem Antrag fordern wir eine effektive Kontrolle



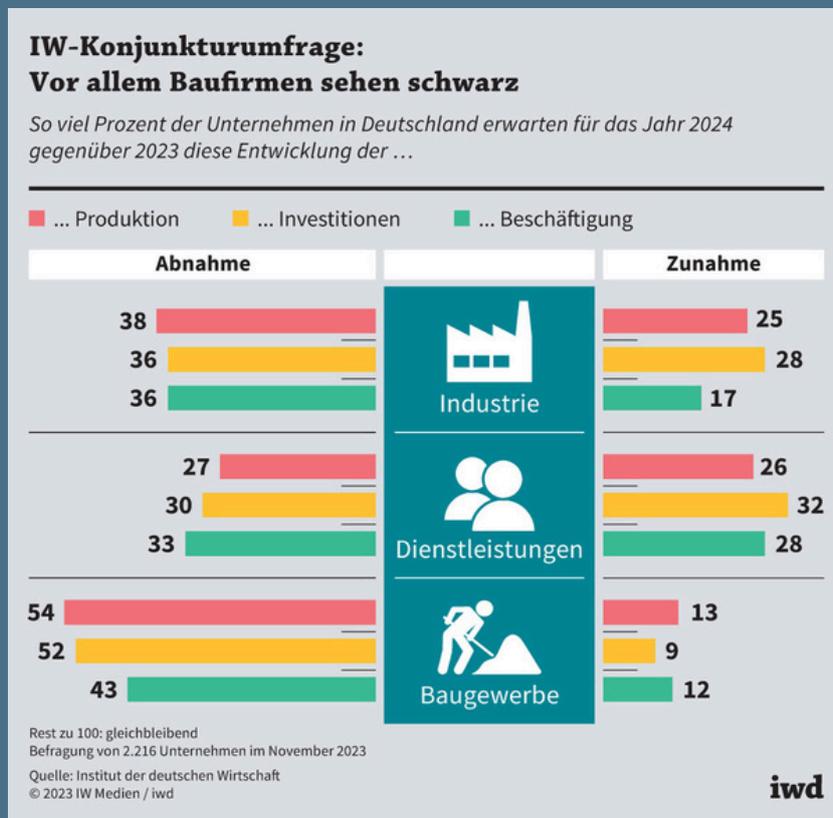
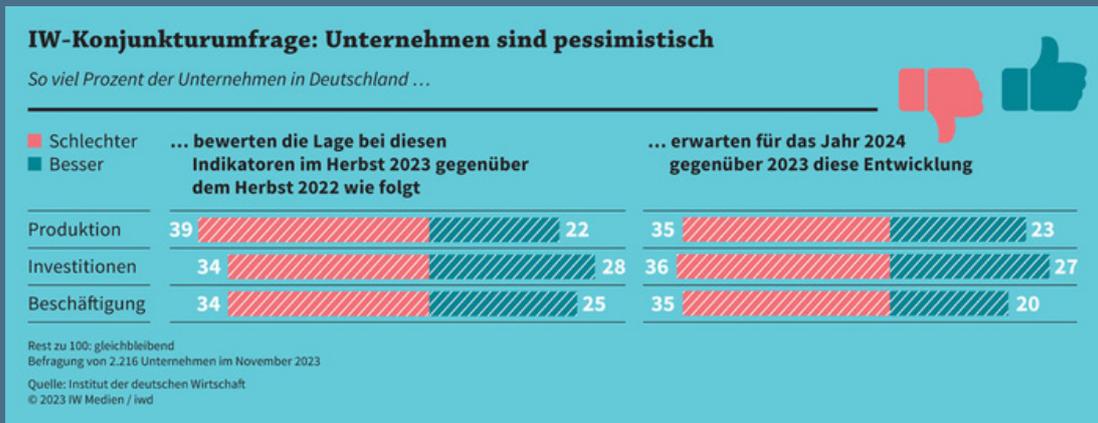
Foto: picture alliance /ABB | -

und Bekämpfung des politischen Islam durch die Sicherheitsbehörden sowie wirksame Maßnahmen gegen extremistische und terroristische Finanztransfers. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Positionen unterstützen, muss die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden. Das sogenannte „Islamische Zentrum“ in Hamburg, eine Außenstelle des iranischen Regimes, muss sofort geschlossen werden. Der Staat muss ein klares Zeichen setzen: In Deutschland ist kein Platz für Extremisten.

## IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen befürchten weiteren Abwärtstrend

„Die Unternehmen in Deutschland sind pessimistisch, was das Jahr 2024 angeht: Nur 23 Prozent erwarten einen Anstieg der Produktion, 35 Prozent einen Rückgang.“

- Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist schlecht: Die vom IW befragten Unternehmen sprechen zu 39 Prozent von einer schlechteren Produktionslage als im Herbst 2022, nur 22 Prozent halten die Situation für besser.
- Ein Aufwärtstrend ist nicht in Sicht – während 23 Prozent der Firmen für 2024 einen Anstieg der Produktion erwarten, rechnen 35 Prozent mit einem Rückgang.
- Besonders pessimistisch sind die Industrie und die Bauwirtschaft, das gilt auch mit Blick auf die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung.



IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen befürchten weiteren Abwärtstrend", online unter: [IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen befürchten weiteren Abwärtstrend - iwd.de](https://www.iwd.de), 23.05.2024

## EU setzt neue Prioritäten in der Industriepolitik

„Deutschland erreicht laut dem Institute for Management Development auf der 2023er Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit lediglich Position 22 von 64 Ländern – im Vergleich zum vorangegangenen Jahr ging es um sieben Plätze nach unten.“

- Die EU will mit einer neuen Initiative die Staatengemeinschaft wettbewerbsfähiger machen.
- Einem gängigen Ranking zufolge schneiden Deutschland und die anderen großen europäischen Volkswirtschaften mit Blick auf die Standortbedingungen tatsächlich schlechter ab als die USA oder China.
- Die Wirtschaftspolitik in Europa muss nun die Grundlage für künftiges Wachstum und Innovationen sichern.

**Wettbewerbsfähigkeit: Wo Deutschland steht**  
Rangplätze im World Competitiveness Ranking 2023, das die Wettbewerbsfähigkeit von 64 Ländern anhand von insgesamt 336 Indikatoren vergleicht

Veränderung gegenüber 2022 in Plätzen  
● unverändert ▲ verbessert ▼ verschlechtert

Insgesamt	Unterkategorien			
	Wirtschaftsleistung	Staatliche Effizienz	Unternehmerische Effizienz	Infrastruktur
1 <span style="color: orange;">●</span> 0 Dänemark	15	5	1	2
2 <span style="color: green;">▲</span> 9 Irland	1	3	3	19
3 <span style="color: red;">▼</span> 1 Schweiz	18	1	7	1
4 <span style="color: red;">▼</span> 1 Singapur	3	7	8	9
5 <span style="color: green;">▲</span> 1 Niederlande	11	12	2	5
6 <span style="color: green;">▲</span> 1 Taiwan	20	6	4	12
7 <span style="color: red;">▼</span> 2 Hongkong	36	2	11	13
8 <span style="color: red;">▼</span> 4 Schweden	28	14	6	4
9 <span style="color: green;">▲</span> 1 USA	2	25	14	6
10 <span style="color: green;">▲</span> 2 Vereinigte Arabische Emirate	4	8	16	26
...				
21 <span style="color: red;">▼</span> 4 China	8	35	21	21
22 <span style="color: red;">▼</span> 7 <b>Deutschland</b>	12	27	29	14
...				
33 <span style="color: red;">▼</span> 5 Frankreich	24	47	39	17
...				
36 <span style="color: orange;">●</span> 0 Spanien	32	51	37	27
...				
41 <span style="color: orange;">●</span> 0 Italien	44	56	38	30

Indikatoren Wirtschaftsleistung: u. a. Niveau und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, Investitionen, Außenhandel, Direktinvestitionen, Beschäftigungsentwicklung, Preistrends;  
 Indikatoren staatliche Effizienz: u. a. (Neu-)verschuldung, Steuereinnahmen, Wechselkursstabilität, Bürokratie, Subventionen, Einkommensverteilung;  
 Indikatoren unternehmerische Effizienz: u. a. Produktivitätsniveau und -wachstum, Arbeitskosten, Erwerbsbeteiligung, Zugang zu Risikokapital, Verbreitung der Datenwirtschaft;  
 Indikatoren Infrastruktur: u. a. Verkehrs- und Energienetze, Breitbandnetze, Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Gesundheitssystem, Bildungsausgaben  
 Quelle: IMD – International Institute for Management Development  
 © 2024 IW Medien / iwd

„EU setzt neue Prioritäten in der Industriepolitik“, online unter: [EU setzt neue Prioritäten in der Industriepolitik - iwd.de](https://www.iwd.de), 24.05.2024.

Dr. Astrid Mannes

 Mitglied des Deutschen Bundestages

### Wahlkreisbüro

Steubenplatz 12  
64293 Darmstadt

Telefon: 06151 1712 18

Fax: 06151 1712 25

E-Mail: [astrid.mannes.wk@bundestag.de](mailto:astrid.mannes.wk@bundestag.de)

### Büro in Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 227 71496

Fax: 030 227 70496

E-Mail: [astrid.mannes@bundestag.de](mailto:astrid.mannes@bundestag.de)